

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10.— M., im voraus abbez. Für Postbezugs nehmen (deutsch-Postbezugsstellen) Bestellungen entgegen. Unter Drucklegung liegen für Deutsch-land und Österreich 18.— M., für das übrige Ausland 24.50 M. zusätzlich. Postumschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 24.— Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E2, Breite Straße 56b.

Die wichtigsten Konkreteile über deren Raum kostet 2.— M., einschließlich Freierzugschlag. Keine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Freierzugschlag. Verkaufte Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gefuche 3.00 M., extra pro Zeile. Berlin-Deutsche Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ
der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Frankreich gegen neue Verhandlungen

Die Entscheidung bei England

Die Situation wird von dem Kampf der französischen Regierung gegen neue Verhandlungen beherrscht. Dieser Kampf wird mit der größten Energie geführt. Den Vereinigten Staaten ist offiziell durch den französischen Botschafter mitgeteilt worden, daß seine Regierung den deutschen Vorschlag nicht als Grundlage für Verhandlungen annehmen könne. Diese Mitteilung bedeutet natürlich einen starken Druck auf die amerikanische Regierung, deren Vermittlung von vornherein von der französischen Regierung als unerwünscht bezeichnet wird. Die amerikanische Regierung kommt somit in die Lage, sich, wenn sie trotzdem an der Vermittlung festhält, in offenkundigen Widerspruch zu Frankreich zu setzen. Es ist deshalb verständlich, daß die heutigen Meldungen aus Washington recht pessimistisch lauten, und ein Eingreifen der Vereinigten Staaten als unwahrscheinlich bezeichnen. Doch liegen amtliche Meldungen bisher nicht vor.

Anders ist die Haltung der englischen Regierung. Auch dort steht man zwar den deutschen Vorschlägen sehr kritisch und mißtrauisch gegenüber. Aber das „Unannehmbar“ der französischen Regierung ist bis jetzt nicht akzeptiert worden, weder von der Regierung noch von der Presse. Vielmehr hat die englische Regierung ihren Botschafter in Berlin, Lord Abernethy, beauftragt, von Dr. Simons erläuternde Erklärungen zu den deutschen Vorschlägen zu verlangen. Es handelt sich dabei wohl um nähere Angaben über die finanziellen Einzelheiten, insbesondere über die Höhe des Zinsfußes. Dr. Simons hat die gewünschten Auskünfte gegeben.

Der englische Botschafter reist heute zu den Beratungen nach London, wo in ganz kurzer Zeit die endgültige Entscheidung fallen wird. Die amerikanische Regierung wird jetzt, nach der schroffen französischen Ablehnung, wenn überhaupt, so nur dann eingreifen, wenn das England erwünscht ist. Da Italien sich jedenfalls der englischen Politik anschließen wird, so steht die Entscheidung ganz bei Lloyd George. Es ist unzweifelhaft, daß nicht nur die unabhängigen Liberalen und vor allem die Arbeiterpartei Gegner der französischen Gewaltpolitik sind, sondern daß auch in den Kreisen der englischen Regierungspartei selbst das französische Vorgehen nicht gerade Begeisterung erweckt. Trotzdem ist die Hoffnung sehr gering, daß Lloyd George eine andere Politik durchsetzt. Wahrscheinlicher ist leider, daß auch diesmal, wie stets bisher, England und Frankreich auf Grund von neuen Konzessionen Frankreichs an die englische Weltmachtspolitik sich auf Kosten Deutschlands verständigen werden.

Die französische Ablehnung

Paris, 28. April.

Wie Berlin im „Echo de Paris“ mitteilt, wird die Instruktion an die Washingtoner Botschafter Jullerand, Staatssekretär Hughes zu erklären, das deutsche Angebot sei unannehmbar, wie folgt begründet:

In dem deutschen Vorschlag könne die französische Regierung nur eine neue Anstrengung des Deutschen Reiches erblicken, um sich hinter Amerika zu verziehen und sich dem Friedensvertrag von Versailles zu entziehen. Die Zahlungen, die Deutschland leisten wolle, seien niedriger als die im Abkommen von Paris vorgesehenen Summen. Außerdem fehle ein Gegenwert für die 12-prozentige Exportsteuer. Die deutschen Vorschläge enthielten hinsichtlich der Regelung der Schuld weder eine Zeitbeschränkung noch Zinsfestsetzung, noch irgendeine Bestimmung über die Amortisation. Was die 12 Milliarden anbetrafte, die nach Artikel 235 des Vertrages fällig seien, so wäre ein vollkommener Verzicht darauf verlangt, aber das sei noch nicht alles. Deutschland mache seine Verpflichtungen, so ungenügend sie an sich seien, von unannehmbaren Bedingungen aller Art abhängig, so Erhebung der Reparationskommission durch eine internationale Kommission, Aufhebung des Vorkaufsrechtes auf alle deutschen Einnahmen auf Grund des Artikels 248, Aufhebung der Garantien, die durch die Anwesenheit der Truppen am Rhein gesichert, Aufhebung der jüngst erlassenen Zwangsmahnahmen, Freigabe des deutschen Eigentums im Auslande, vollkommene Freiheit des deutschen Handels und vielleicht auch noch die Zuspicherung Oberschlesiens zu Deutschland. Das französische Volk würde unangenehm überrascht sein, wenn in dieser Angelegenheit die Vereinigten Staaten Deutschland auch nur die geringste Unterstützung leisten würden.

Alle Vorbereitungen sind getroffen . . .

Paris, 28. April.

„Echo de Paris“ berichtet, daß selbst, wenn die deutsche Regierung von heute bis Sonnabend dem Reparationsauschuss höhere Angebote machen würde, Deutschland wohl die Zwangsumnahmen nicht mehr vermeiden werde; selbst wenn Frankreich ganz allein marschieren müßte. Es sei entschlossen, nicht mehr auf den guten Willen eines Gegners

zu warten. Alle Vorbereitungen seien getroffen worden. Man habe die Ernährung von 3 Millionen Einwohnern im Notfall vorgesehen, aber kein Plan werde vor Ende der Londoner Konferenz, das heißt vor Ende der kommenden Woche ausgeführt werden. Deshalb glaubt man, daß die Besetzung des Ruhrgebiets zwischen dem 7. und 15. Mai stattfinden werde.

Amerika wartet ab

London, 27. April.

Wie Reuters aus Washington meldet, hat die amerikanische Regierung bis heute mittag keine von ermächtigtter Seite herzustellende Benachrichtigung über die Haltung der Alliierten erhalten. Unzweifelhaft wird das Staatsdepartement den Empfang einiger Angaben über die Annahmefähigkeit der deutschen Gegenvorschläge abwarten, ehe es nach Berlin eine Antwort erteilt.

Widersprechende Meldungen

London, 28. April.

„Times“ meldet aus Washington: Da aller Grund zu der Annahme bestehe, daß die Vereinigten Staaten der deutschen Regierung mitteilen würden, daß die deutschen Vorschläge zu einer Uebermittlung an die Alliierten nicht berechtigen, hege man keinerlei Erwartung, daß die militärischen Maßnahmen der Alliierten gegen Deutschland verhindert werden könnten. Demgegenüber meldet „Daily Telegraph“ aus New York: Trotz des französischen Vetos sei man der Ansicht, daß Präsident Hardings Regierung ihre Bemühungen fortsetzen werde, um eine Regelung über die Reparationsfrage zustande zu bringen.

132 Milliarden Goldmark Schadenerfolg!

Die Festsetzung der Reparationskommission

(Havas.) Paris, 27. April.

Die Reparationskommission hat auf Grund des Artikels 233 des Versailler Vertrages beschlossen, den Betrag der Schäden, für die Deutschland nach den Bestimmungen des Artikels 232 und des Anhangs A zum Teil 8 des genannten Vertrages Reparationschuldet, auf 132 Milliarden Goldmark festzusetzen.

Bei Festsetzung dieser Ziffer hat die Reparationskommission von der Summe der Schäden die Abzüge vorgenommen, die notwendig sind, um die in Ausführung des Artikels 238 bereits geleisteten oder noch zu leistenden Zurückstellungen zu berücksichtigen, und insoweit werden Deutschland diese Zurückstellungen nicht gutgeschrieben werden.

Die Reparationskommission hat in die oben genannte Ziffer die Summen nicht miteinbegriffen, die der Verpflichtung entsprechen, die Deutschland außerdem in Ausführung des dritten Absatzes des Artikels 232 zu übernehmen hat, nämlich die Zurückzahlung aller der Summen durchzuführen, die Belgien bis zum 18. November 1918 bei den alliierten und assoziierten Reperaturen geliefert hat einschließlich von 5 Prozent Zinsen jährlich für die erwähnten Summen.

Herr von Derzyen, der in Abwesenheit des Herrn Bergmann an der Spitze der Kriegskostenkommission steht, ist heute abend um 9 Uhr von der Reparationskommission, die in amtlicher Sitzung tagte, berufen worden. Der Vorsitzende hat Herrn von Derzyen im Namen der Kommission die obige Entscheidung zur Kenntnis gebracht.

Diese mündliche Mitteilung wird der Kriegskostenkommission schriftlich bestätigt werden.

Die Festsetzung der gesamten Schadenssumme durch die Wiedergutmachungskommission bis zum 1. Mai ist im Friedensvertrag vorgesehen. Daß die Kommission eine ungeheure Zahl festsetzen werde, kommt nicht unerwartet. Daß diese Zahl einfach sinnlos ist, weil sie von Deutschland nicht aufgebracht werden kann, haben die Alliierten selbst anerkannt, denn die Verhandlungen mit Deutschland sollten ja dem Zwecke dienen, zu einer Vereinbarung über eine Summe zu gelangen, die tatsächlich von Deutschland geleistet werden könnte. Als eine solche Höchstleistung haben auch die Pariser Beschlüsse der Entente nur die Summe von 83 Milliarden angesehen, die zu 5 Prozent verzinst werden sollten, was der Gesamtschuld von 228 Milliarden entspricht. Wenn jetzt die Reparationskommission von 132 Milliarden Gegenwarts wert spricht, so ist das von wirtschaftlichem Standpunkt aus völlig phantastisch. Politisch aber bedeutet es infolge der Unersättlichkeit der Forderung, daß die Entente den Wunsch des Friedensvertrages gemäß, sich zu allen Zwangsmahnahmen gegen Deutschland für berechtigt erklärt, entweder bis zur unmöglichen Bezahlung dieser Summe oder bis zu neuen Vereinbarungen.

(Weitere Nachrichten zweite Seite)

Moskau—Madrid

Von unserem spanischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Seit dem Moskauer Kongreß ist auch der Kampf der spanischen Sozialisten von seinem eigentlichen Ziel abgelenkt und in einen erbitterten Kampf um die unglücklichsten 21 Punkte verandelt worden. Dieser Kampf ist nun in einer viertägigen Redeschlacht auf dem Anfang April im Volkshaus zu Madrid eröffneten Parteitag zum Austrag gekommen. Mit 6808 gegen 6025 Stimmen lehnte die Partei die 21 Punkte ab. Die Minderheit nahm dieses Ergebnis mit einem wilden Geschimpfe auf und verließ, nachdem ihre Wortführer die Gemeinschaft mit der Mehrheit aufgetrennt hatte, den Kongreß.

Bekanntlich hatte die spanische sozialistische Partei auf ihrem letzten, im Juni vorigen Jahres stattgefundenen Parteitag den Austritt aus der zweiten Internationale beschlossen und die Parteileitung beauftragt, bei der Moskauer Internationale um Aufnahme nachzusuchen. Die Parteileitung entsandte zu diesem Zweck den Genossen Fernando de los Rios, Universitätsprofessor in Bilbao, und den Sekretär der Partei, Daniel Anguiano, nach Moskau. Beide Delegierte brachten dann mit den bekanntesten 21 Punkten zwei abweichende Berichte mit. Fernando de los Rios vertrat die Auffassung, daß die spanischen Sozialisten die russische Revolution nach Kräften unterstützen, aber mit derselben Entschiedenheit die bolschewistische Taktik und die Aufnahmebedingungen der kommunistischen Internationale zurückweisen müßten. Daniel Anguiano, der schon vor seiner Moskauer Reise als fanatischer Anhänger der russischen Bolschewisten bekannt war, ließ sich von dem russischen Ausfluß an die dritte Internationale, obgleich er ausdrücklich eine Aenderung der bolschewistischen Taktik für unerlässlich erklärte. Entschieden verwahrte er sich dagegen, daß sich eine Partei die Diktatur über das Proletariat aneigne. Sein Bericht über Rußland ließ übrigens selbst die vom Genossen Dittmann gemachten Feststellungen ganz in den Schatten rücken. Offen erklärte Anguiano vor der Partei, daß er sich im Gefängnis von Madrid freier gefühlt habe als in den Straßen von Moskau. Auch kündete Anguiano Volkserhebungen und Niedermechelungen der Kommunisten in Rußland an, wenn diese nicht andere Wege einschlagen würden.

Durch die nun vollzogene Spaltung ist die spanische sozialistische Partei unbestreitbar geschwächt. Diese Schwächung ist um so verhängnisvoller, als die spanischen Sozialisten seit Jahr und Tag mit den Anarchisten und Syndikalisten in harter Fehde liegen. Dieser Streit hat einen klaffenden Riß durch die spanische Arbeiterkraft gezogen, und diese in zwei feindliche Lager, die „Allgemeine Arbeiter-Union“ und den „Gewerkschaftsbund“, geschieden. Nicht zuletzt ist es diese Uneinigkeit, welche der spanischen Bourgeoisie ermdend nicht hat, seit zwei Jahren die blutigste Schreckensherrschaft über das spanische Proletariat zu errichten. Ueber diese Schreckensherrschaft hat der spanische Gewerkschaftsbund vor einigen Monaten eine bewegte Schilderung entworfen, die selbst an die grauenhaften Verfolgungen des Mittelalters erinnert. Es wäre aber falsch, aus dem Zahlenverhältnis der Abstimmung auf die der sozialistischen Partei drohende Abwanderung zu schließen. So hat bereits die wichtigste Gruppe der Partei, die Gruppe Bilbao, deren Vertreter auf dem Kongreß für den Anschluß an Moskau gestimmt hatten, die Spaltung der Partei verurteilt. Mehrere Beschlüsse werden auch aus anderen Orten gemeldet. Auch die bedeutenderen Gruppen Andalusiens wollen sich dem von Bilbao gewiesenen Beispiel anschließen. Von größter Bedeutung ist auch, daß alle bekannteren und erprobten Kämpfer ohne Ausnahme in der alten Partei verbleiben. Von der Parlamentsgruppe hat sich auch nicht ein einziger den Extremisten angeschlossen.

Der ganze Krach, der seit Monaten mit so großem Lärm verhandelt worden ist, dürfte sich also im wesentlichen auf den Abfluß jüngerer Elemente beschränken, die nur in Madrid einigen Boden besitzen. Was aus den Abwandernden selbst werden wird, ist so leicht nicht vorauszusehen, denn die seit einem Jahre in Spanien bestehende kommunistische Partei ist trotz ihrer eigenen völligen Bedeutungslosigkeit keineswegs darauf verpicht, die Moskauer Zuliebe aus der sozialistischen Partei Ausgeschiedenen aufzunehmen. „El Comunista“, das kommunistische Wochenblatt Spaniens, bedeckt vielmehr die spanischen Kommunisten mit den schimpflichsten Schmähungen. Den besonderen Haß hat sich Anguiano durch seine Rede auf dem Parteitag erworben. „Rein noch so gegen die russischen Kommunisten verschworener Feind“, behauptet das kommunistische Blatt von ihm. „Hätte solchen Schaden einer Sache zufügen vermocht, wie er dies unter dem Vorwand der Verteidigung getan hat.“

Ganz energisch verwahrt sich das kommunistische Blatt auch gegen die von den Extremisten auf dem Kongreß vertretene Auffassung, daß die 21 Punkte für Spanien nicht zur Anwendung kämen. Weiter wirft es den Extremisten vor, eine spanische Korrilatur des italienischen „Socialismus“ geschaffen zu wollen und weist von vornherein jede Gemeinschaft mit ihnen zurück. Die aus der alten Partei Ausgeschiedenen werden also gezwungen sein, eine neue Partei zu gründen.

Die 120-Millionen-Anleihe der Straßenbahn

Die Verkehrsdeputation hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit denjenigen Maßnahmen beschäftigt, die erforderlich erscheinen, um für die Straßenbahnen eine Anleihe von 120 Millionen Mark zu erhalten...

Die Polizeistunde

Zu der von einer großen Zahl von Interessenten geforderten Verlängerung der Polizeistunde wird mitgeteilt: Die Verordnung über die Polizeistunde, die als Höchstgrenze in Einzelfällen 1 1/2 Uhr vorläufig wurde...

Maidemonstration des Verkehrspersonals

Durch Beschluß der Betriebsräte sowie der Belegschaften ist festgesetzt worden, am 1. Mai eine besondere Maidemonstration für das Verkehrspersonal der Straßenbahnen, Hochbahnen und der Omnibusgesellschaft zu veranstalten...

Die Wohnungsinspektionen sind vom 15. Mai ab nach den neuen Verwaltungsbezirken I-6 eingeteilt. Wegen der erforderlichen Neuorganisation werden die Wohnungsinspektionen daher vom 2. bis 15. Mai für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen...

Ein vielseitiger Herr. Der Schneidermeister K. Mann, 61 Jahre alt, ist ein außerordentlich vielseitiger Herr. Er ist Billenbesitzer in Rahnsdorf, hat Hausbesitz in Neudöln...

Die Bezirkserordneten Bräse und Fouquet in Charlottenburg, die auf der Liste der U. S. P. gewählt waren und bei der Spaltung zur K. P. D. übertraten sind jetzt dort ausgegliedert...

Diebstahlführer und Ortgruppenleiter. Zur gemeinsamen Bekämpfung sind Treffpunkte für den 1. Mai und Lokale der Abendveranstaltungen bis Freitag mittag 12 Uhr dem Parteibureau...

Charlottenburg, billige Milch für Minderbemittelte. Nachdem durch Beschluß des Magistrats Berlin Mittel zur Weitergewährung der Milchverbilligung bereitgestellt sind, können jetzt den minderbemittelten Milchbesitzern wieder Zuschüsse gegeben werden...

Der Prozeß gegen die Millionentrüber vom Postamt 54. Der auffallendste Raub im Postamt 54 (Lohringer Str.), wird morgen (Freitag) das Sondergericht beim Landgericht I beschuldigen...

Zwei schwere Unfälle im Zirkus Busch. Heute Abend gegen 7 Uhr wurde der Stallmeister Philadelphia, der im Zirkus Busch wohnt, beim Betreten des Elefantentales von einem der Elephanten gegen die Stallwand gedrückt...

Der große Brand im Warenhaus Tieg am Alexanderplatz hatte gestern das gerichtliche Nachspiel vor der Strafkammer des Landgerichts I. In der Nacht zum 1. Februar brach im Warenhaus Tieg ein großes Feuer aus...

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Freitag. Trocken und überwiegend heiter, etwas kühl, bei frischen östlichen bis nordwestlichen Winden.

Bolschewistische Grüße

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht in der Mittwoch-Abendausgabe einen Brief der alt russischen revolutionären Bauarbeiter von Moskau, der sich an die deutschen Bauarbeiter wendet...

„Deutsche Brüder, wacht auf! Laßt euch nicht eindämmern durch die Verständigungspolitik der gelben Gewerkschaftsführer!“ Die deutschen Bauarbeiter in ihrer Majorität werden nur zu gut gewußt haben, warum sie die Brandier, Hedert und Bachmann ausgeschlossen haben...

Im übrigen ist dieser Brief der Kommunisten aus Rußland veraltet, denn Hedert ist ja — Ledt und dürfte vielleicht früher aus seiner Partei als „Verräter“ herausgeschoben sein...

Bei der Kurzlebigkeit der kommunistischen Parolen und ihrer Führer sollten es die russischen Freunde von Stodder unterlassen, irgendwie Partei zu ergreifen...

Der „nationalpolitische“ Handlungsgehilfenverband

Wir waren schon oft in der Lage, dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband nachzuweisen, daß er das Interesse seiner Mitglieder zugunsten seiner nationalpolitischen, deutschvölkischen Parteipolitik vernachlässigt.

Es ist selbstverständlich, daß die Leitung des DHB dann stets von Verleumdungen usw. zu schreiben mußte. So verfuhr man erst leithin abzustreiten, daß der DHB 10 140 Arbeitgeber zu seinen Mitgliedern zähle...

Heute ist es uns möglich, der breiteten Öffentlichkeit mitzuteilen, wie hoch sich die wirklichen „Kosten“ des DHB belaufen, die er für seine nationalpolitischen Zwecke benötigt...

Diese Zahlen dürften den Mitgliedern des DHB zu denken geben. Wenn eine „Gewerkchaft“ derartige Summen für nationalpolitische Zwecke ausgibt, kann allerdings für den Gewerkschaftskampf nicht mehr viel übrig bleiben...

Achtel darauf, daß Arbeiterkinder nicht Mitglieder des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes werden. Sie leisten durch Zahlung ihres Mitgliedsbeitrages der Reaktion Helferdienste.

Holzarbeiter

Der in der heutigen Morgennummer erschienene Nachsatz zur Berichtigung der U. S. P.-Fraktion der Holzarbeiter, wonach die Rechtssozialisten das Abkommen gebrochen hätten, beruht auf einer telephonischen Mißverständlichkeit...

U. S. P.-Dreher

Die in der U. S. P. organisierten Eisen-, Metall- und Revolverdreher treffen sich am 7. Mai in der Schulaula Köpenicker Platz...

Aus den Organisationen

19. April. 4. Abteilung. Die Wahllisten müssen bis Freitag bei Lacke abgerechnet sein...

Donnerstag, 28. April

13. April. 4. Abteilung. Die Wahllisten müssen bis Freitag bei Lacke abgerechnet sein...

Freitag, 29. April

14. April. 4. Abteilung. Die Wahllisten müssen bis Freitag bei Lacke abgerechnet sein...

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Leo Schickel, Berlin-Neukölln. Verantwortlich für Kommunalpolitik, Politik und Gewerkschaftliches: Gerhard Singer, Berlin. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Ludwig Kramer, Berlin.

Stoffe für Herren-Anzüge, Hüte, Paletots, Damen-Kostüme. Koch & Seeland G. m. b. H.

Prozesse, Not, Verstand, Maß, Preise, Teilzahlung. Buchhandlung „Freiheit“

Billig! Billig! Röcke, Mäntel, Blusen, Kleider. Buchhandlung „Freiheit“

Achtung! Maifeier! Rote Keilen, Flaggen und Wappennadeln. Buchhandlung „Freiheit“

Polenfrauen für sofort gesucht. Expedition Marie Döring, Steinmetzstraße 23

Klassiker sind ein Schmuck für jede Bibliothek. Chamisso-Werke, Freiligrath, Goethe, Helne-Herwegh, Hilderlin, Köpfer, Lenau, Lessing, Reuter, Schiller, Shakespeare, Storm.

Kleine Anzeigen. Aufnahme in allen Speditionen des Verlages. Jedes Ueberchriftswort 2.- Mk.

Verkäufe, Herrschaftliche Möbel, Schreibmaschinen, Nähmaschinen, Reparatoren an Schreibmaschinen, Vorkausfische, Erlomengläser und Porzellan.

Fahrräder, Tiermarkt, Verschiedenes, Werkzeuge und Maschinen, Anfertigungen, Selbstbau, Arbeitsmarkt.